

EPEX SPOT SE
European Power Exchange
5 Boulevard Montmartre
75002 Paris

Stellungnahme zum Begutachtungsentwurf für die
Verordnung des Vorstands der E-Control über die Meldepflichten zur
Durchführung der Überwachung des Handels mit
Energiegroßhandelsprodukten auf nationaler Ebene
(Energiegroßhandelsdatenverordnung – EGHD-VO)

Wien, 30.10.2014

EINLEITUNG

Die Europäische Strombörse EPEX SPOT SE betreibt die Strom-Spotmärkte für Deutschland, Frankreich, Österreich und die Schweiz (Day-Ahead und Intraday). Diese Länder machen zusammen mehr als ein Drittel des europäischen Stromverbrauchs aus. Zudem ist EPEX SPOT Dienstleister der ungarischen Strombörse HUPX und betreibt im Auftrag der lokalen Börsen die Kopplung der Märkte der Tschechischen Republik, der Slowakei, Ungarn und bald Rumäniens. Sie ist eine Gesellschaft europäischen Rechts (Societas Europaea) mit Sitz in Paris und Niederlassungen in, Bern, Leipzig und Wien. Über 220 Unternehmen aus Europa sind an der EPEX SPOT aktiv. 278 TWh wurden in den ersten neun Monaten des Jahres 2014 auf den Märkten der EPEX SPOT gehandelt.

<http://www.epexspot.com>

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit dieser Stellungnahmen möchten wir Bezug auf den Entwurf für die Verordnung des Vorstands der E-Control über die Meldepflichten zur Durchführung der Überwachung des Handels mit Energiegroßhandelsprodukten auf nationaler Ebene (Energiegroßhandelsdatenverordnung – im Folgenden: „EGHD-VO“) nehmen. Wir bedanken uns dabei ausdrücklich für die Einladung und Möglichkeit zur Stellungnahmen im Rahmen einer öffentlichen Begutachtung.

Seit ihrer Gründung verfolgt die EPEX SPOT S.E. die Energiemarktregulierung auf europäischer und nationaler Ebene. Markttransparenz und –integrität zählen zu den zentralen Werten und Zielen eines funktionierenden Energiemarktes, zu denen sich die EPEX SPOT ausnahmslos bekennt.

Wir unterstützen auf dieser Basis ein laufendes Berichtswesen zu Transaktionen auf den Energiegroßhandelsmärkten. Dieses hat unseres Erachtens jedoch rechtlichen, wirtschaftlichen und technischen Ansprüchen zu genügen, um in die Praxis umsetzbar zu sein und einen Mehrwert für den Markt und seine Kunden bringen zu können.

Wir stehen gerne für etwaige Rückfragen zur Verfügung und regen darüber hinaus eine fortlaufende Rücksprache und Kooperation der E-Control mit den betroffenen Marktteilnehmern an. Diese Form der Zusammenarbeit hat auch auf europäischer Ebene bereits große Vorteile für alle Beteiligten geboten.

INHALT

A. Allgemeine Anmerkungen	4
1. Rechtliche Grundlage	4
2. Verhältnis zu Meldepflichten unter REMIT	4
B. Besondere Anmerkungen.....	5
1. § 1 Gegenstand und Anwendungsbereich	5
<i>Abgrenzung zur Finanzmarktregulierung</i>	<i>5</i>
<i>Tätigkeiten mit Auswirkungen auf den österreichischen Energiegroßhandelsmarkt</i>	<i>5</i>
2. § 2 Begriffsbestimmungen	6
<i>Abweichungen von REMIT</i>	<i>6</i>
3. § 4 Datenübermittlung	7
<i>Vorgegebene Formate und Übermittlungswege (Absatz 1)</i>	<i>7</i>
<i>Meldefrist für standardisierte Verträge (Absatz 4)</i>	<i>7</i>
4. § 5 Inkrafttreten und Schlussbestimmungen	8
<i>Inkrafttreten der Verordnung</i>	<i>8</i>

A. ALLGEMEINE ANMERKUNGEN

Nach unserem Verständnis stellt die EPEX SPOT als Stromspotbörse einen organisierten Markt im Sinne von § 2 Z 4 lit a EGHD-VO dar und könnte demzufolge für Standardverträge (iSd § 2 Z 7) ein unmittelbar Meldeverpflichteter gemäß § 4 Abs 3 sein.

Unsere Stellungnahme erfolgt auf dieser Basis, ist also insbesondere auf das Berichten von Standardverträgen mit Stromspotprodukten gerichtet. Dieser Bereich wird in den Anhängen zur EGHD-VO von Tabelle 1 adressiert.

1. Rechtliche Grundlage

Als die relevanten Grundlagen des vorliegenden Entwurfes der EGHD-VO sind einerseits die Verordnung (EU) Nr. 1227/2011 (im Folgenden: REMIT) auf europäischer Ebene und das Bundesgesetz über die Regulierungsbehörde in der Elektrizitäts- und Gaswirtschaft (im Folgenden: E-ControlG) herangezogen worden.

2. Verhältnis zu Meldepflichten unter REMIT

Von den unterschiedlichen zitierten Stellen aus REMIT und dem E-ControlG erkennen wir insbesondere in § 25a Abs 2 die entscheidende Bestimmung, in der die entsprechende Verordnungsermächtigung verankert ist. Die Ermächtigung wird jedoch unter zwei zentralen Vorbehalten ausgesprochen. Erstens soll die Datenerhebung nur zur Erfüllung der übertragenen Aufgaben erfolgen, und zweitens müssen andere Meldepflichten sowie die unter REMIT noch „festzulegenden Meldepflichten“ berücksichtigt werden, um Doppelmeldeverpflichtungen zu vermeiden.

Sohin wird in § 25a Abs 2 E-Control-G unmissverständlich postuliert, dass bei der Ausgestaltung einer nationalen Verordnung die noch festzulegenden Meldepflichten unter REMIT bereits zum Zeitpunkt des Erlasses berücksichtigt werden müssen. Demzufolge kommt der nationalen Verordnung vor allem die Aufgabe zu, Lücken zu schließen. Unter diesen Lücken sind solche Bereiche zu verstehen, die weder durch die bestehenden noch die unter REMIT noch festzulegenden Meldepflichten abgedeckt werden. Daraus sollten folgende Schlüsse gezogen werden:

- a) Eine nationale Meldeverpflichtung ist auf ihre Notwendigkeit hin zu überprüfen und im Falle einer Überschneidung oder unmittelbar vorhersehbaren Überschneidung mit Pflichten unter der REMIT zu verwerfen (in diesem Sinne möchten wir auch auf unsere Stellungnahme zu § 5 EGHD-VO verweisen). Nach erfolgter Abstimmung der Durchführungsverordnung zur REMIT sind die zukünftigen Kerninhalte der Meldepflichten allerdings bereits bekannt. Eine

entsprechende Thematisierung ist in der Begutachtungsfassung der EGHD-VO jedoch nicht erfolgt. Die inhaltlichen Lücken müssten klarer erfasst und definiert werden.

- b) Einer zukünftigen Entwicklung der Meldepflichten unter REMIT ist dadurch Rechnung zu tragen, dass nationale Regeln in der Anwendung zurückzutreten haben, falls sie zu einem späteren Zeitpunkt zu einer doppelten Meldepflicht führen. In den Erl wird jedoch allein die Tatsache hervorgehoben, dass derzeit noch keine Meldepflichten unter REMIT vorgesehen seien. Damit wird dem gesetzlichen Auftrag aber unzureichend entsprochen. Unseres Erachtens ist die Vermeidung einer doppelten Meldeverpflichtung aufgrund der unter REMIT noch festzulegenden Pflichten somit nicht ausreichend adressiert worden. Die Frage zukünftiger Überschneidungen muss ausdrücklich gestellt und die daran anknüpfenden Folgen für die EGHD-VO müssen klar beschrieben werden.

Wir empfehlen daher dringend die beiden angeführten Schlussfolgerungen zu berücksichtigen.

B. BESONDERE ANMERKUNGEN

1. § 1 Gegenstand und Anwendungsbereich

Abgrenzung zur Finanzmarktregulierung

Die EGHD-VO greift den Begriff des Energiegroßhandelsproduktes der REMIT auf und verweist in ihrem § 2 Z 1 lit a ausdrücklich auf Art 2 Abs 4 der EU-Verordnung. Der dort gewählte Begriff ist weit gefasst und schließt Verträge über Lieferung und Transport von Strom und Erdgas sowie daran angelehnte Derivate gleichermaßen ein.

Was die Verpflichtungen der Marktteilnehmer betrifft, finden sich in der REMIT aber Beschränkungen dieses Begriffes, wobei es sich durchgehend um Abgrenzungen gegenüber der Finanzmarktregulierung handelt. In Art 8 Abs 3 REMIT werden im Hinblick auf Derivate die Meldeverpflichtungen unter der Richtlinien 2004/39/EG sowie der Verordnung (EU) 648/2012 erwähnt. Für entsprechende Transaktionen soll keine Doppelmeldepflicht unter der REMIT bestehen. Da auch § 25a Abs 2 E-ControlG die Vermeidung von Doppelmeldepflichten als Rahmen für die EGHD-VO vorsieht, sollte eine entsprechende Einschränkung übernommen werden.

Tätigkeiten mit Auswirkungen auf den österreichischen Energiegroßhandelsmarkt

Offenbar soll ein der EGHD-VO darauf abgezielt werden, die zugrundeliegenden Transaktionen mittels einer sehr weiten Definition lückenlos zu erfassen. Vor diesem Hintergrund erscheint ein Anwendungsbereich, der alle Tätigkeiten mit Auswirkungen auf den österreichischen Energiegroßhandelsmarkt umfassen soll, nachvollziehbar. Immerhin handelt es sich dabei unbestreitbar um einen äußerst weiten Begriff. Diese Definition ist jedoch mit einigen wesentlichen Schwächen behaftet. So ist der Begriff der „Tätigkeit“ im Zusammenhang mit der REMIT und deren

nationaler Umsetzung im Allgemeinen, sowie dem Transaktionsdatenreporting im Besondern unbekannt und folglich auch undefiniert. Auch die Anknüpfung an die Auswirkungen auf den österreichischen Markt bricht mit den Abgrenzungen der REMIT und ist letztendlich ausufernd, worauf im Folgenden noch näher eingegangen werden soll.

Praktisch würde dies für den Day-ahead Markt zum Beispiel dramatische Auswirkungen zeitigen. Seit Mai 2014 sind die entsprechenden Strommärkte von 17 EU-Mitgliedsstaaten von Portugal bis Finnland miteinander gekoppelt und folgen denselben Preissetzungsmechanismen. Schon definitionsgemäß hat jedes Geschäft innerhalb dieses Gebietes eine mögliche Auswirkung auf die Preisfindung auf dem nationalen österreichischen Markt.

Im Gegensatz zu der extensiven Definition in § 1 Abs 1 EGHD-VO wird in den Erl wiederholt eine deutlich engere Leseart festgehalten: so ist in den Erl zu § 1 vom „*Handel auf nationaler Ebene*“ die Rede, worunter ein klarer identifizierbarer und engerer Horizont zu verstehen ist, der besser mit der in der REMIT eingeschlagenen Herangehensweise besser vereinbar erscheint. Art 2 Z 4 definiert den Anknüpfungspunkt anhand des Ortes der Lieferung bzw. des Transportes. Ein Handel auf nationaler Ebene folgt dieser Definition; ein Abstellen auf Auswirkungen hingegen nicht. In den Erl zu § 2 geht man offenbar einen Schritt weiter und erklärt eine grenzüberschreitende Marktabgrenzung für sinnlos, soweit die nationale Überwachung in Betracht zu ziehen sei. Dieser Beurteilung können wir ebenfalls uneingeschränkt folgen. Schließlich wird gerade darin das Problem der nationalen Regulierung und die Notwendigkeit einer EU-weiten, harmonisierten Herangehensweise thematisiert.

Daher sieht die EPEX SPOT auch keinen Anknüpfungspunkt für eine extensive Interpretation des § 1 Abs 1 EGHD-VO in REMIT oder E-ControlG verankert. § 24 Abs 1 Z 4 E-ControlG sieht die Überwachungs- und Aufsichtsfunktion über den Handel auf nationaler Ebene (und nicht mit nationaler Auswirkung) begrenzt. Und in REMIT wird in ErwG 4 dargelegt, dass Energiegroßhandelsmärkte zunehmend unionsweit miteinander verflochten sind und sich Marktmissbrauch oft über die nationalen Grenzen hinweg auswirkt. Daraus wird jedoch geschlossen, dass die Sorge um die Gewährleistung der Marktintegrität nicht nur eine Angelegenheit einzelner Mitgliedsstaaten sein könne. Insofern beschränkt REMIT die Aufgaben der rein nationalen Aufsicht und kann daher nicht als Grundlage für die EU-weite Überwachung durch einzelne Mitgliedsstaaten bzw. deren Behörden dienen. Um das Beispiel des Day-ahead Markts aufzugreifen, sehen wir weder auf nationaler noch EU-Gesetzesebene eine ausreichende Grundlage für die extensive Deutung der EGHD-VO

Vor diesem Hintergrund müsste unseres Erachtens die zu weit gefasste Definition teleologisch auf das gerechtfertigte und, wie die Erl zeigen, letztendlich intendierte Maß reduziert werden. Im Sinne der Rechtssicherheit erscheint aber diese Vorgangsweise allenfalls als die zweitbeste. Insofern sollte § 1 Abs 1 dahingehend modifiziert werden, dass auf den nationalen Markt und den Ort der Lieferung bzw. des Transportes abgestellt wird.

2. § 2 Begriffsbestimmungen

Abweichungen von REMIT

Eine Reihe von Begriffen weist Abweichungen von den in der REMIT verankerten Definitionen auf. Während EPEX SPOT die Schlüssigkeit oder Notwendigkeit von unterschiedlichen Begriffsinhalten auf nationaler Ebene grundsätzlich nachvollziehen kann, sollte im Sinne einer harmonisierten, konsistenten und schlüssigen Anwendung der Regulierungsvorschriften im Zweifelsfall den EU-weiten Definitionen der Vorrang eingeräumt werden.

3. § 4 Datenübermittlung

Vorgegebene Formate und Übermittlungswege (Absatz 1)

Die Angaben zur genauen Form der Übermittlung der Daten bleiben in der EGHD-VO sehr vage: Sie solle jedenfalls verschlüsselt erfolgen, im vorgegebenen Format und Übermittlungswege ablaufen. Gerade für eine Durchführungsverordnung bleiben die Begriffe und Beschreibungen damit sehr allgemein und letztendlich viel zu unbestimmt.

Der weitere Detailgrad sollte unseres Erachtens ebenfalls Gegenstand einer Konsultation sein. Ansonsten erscheint auch die in den Erl zu § 5 veranschlagte Implementierungsphase von drei Monaten nicht sinnvoll abschätzbar und verkommt damit zu einem bloßen Platzhalter. Im Hinblick auf die REMIT sei in diesem Zusammenhang auf das sogenannte Transaction Reporting User Manual (TRUM) von ACER verwiesen, in dem weitere Details zur operativen Ausgestaltung des fortlaufenden Berichtswesens zusammengefasst sind. Dies illustriert unseres Erachtens den grundsätzlichen Bedarf einer weiteren und ausführlichen Auseinandersetzung mit der Thematik, denn das TRUM umfasst in der aktuellen Fassung immerhin mehr als 200 Seiten. In der EGHD-VO fehlt unverständlicherweise jeglicher Verweis auf das TRUM, obgleich eine Berücksichtigung im Hinblick auf ein harmonisiertes Berichtswesen sinnvoll und im Sinne eines Doppelreportingverbots rechtlich geboten ist. Im Selbstverständnis der EGHD-VO, die sich expressis verbis in der REMIT als kausal verankert sieht, erscheint dies unerlässlich.

In diesem Sinne plädiert EPEX SPOT

- für eine inhaltliche Ausdehnung der Konsultation auf die technischen und operativen Details des Berichtswesens;
- für entsprechend verlängerte Fristen, um diese zufriedenstellend implementieren zu können;
- für eine explizite Berücksichtigung des TRUM, um eine konsistente und Ressourcen sparende Berichtspflicht implementieren zu können.

Meldefrist für standardisierte Verträge (Absatz 4)

Unter der EGHD-VO sollen Standardverträge spätestens bis 12:00 Uhr (d.h. Mittag) des auf den Abschluss folgenden Werktags übermittelt werden. Dem gegenüber wird in der Durchführungsverordnung der REMIT verlangt, dass Standardverträge bis zum Ende des entsprechenden Werktages zu melden sind. Gründe für eine Verschärfung der Berichtsfristen werden in der EGHD-VO keine vorgebracht.

Im Sinne der Einheitlichkeit und als Entlastung für die Meldepflichtigen sollte die Nennung der spezifischen Uhrzeit gestrichen werden, womit auch für die EGHD-VO das Tagesende als relevanter Zeitpunkt vorgesehen wäre.

4. § 5 Inkrafttreten und Schlussbestimmungen

Inkrafttreten der Verordnung

Wie bereits wiederholt festgestellt und auch von E-Control im Rahmen der EGHD-VO ausgeführt, soll unter der REMIT ein EU-weites harmonisiertes Melderegime für Transaktionsdaten eingeführt werden. Gerade im Hinblick auf das postulierte und auch in § 25a E-ControlG verankerte Doppelmeldeverbot wird die Notwendigkeit einer zusätzlichen nationalen Regelung nur dann außer Zweifel stehen, wenn diese bestimmte Lücken in der EU-weiten Meldung von solchen Daten schließt. Diese Lücken können nun inhaltliche oder zeitliche sein, wobei für Standardverträge inhaltliche Lücken in den Hintergrund treten, zumal die EGHD-VO ja in dieser Hinsicht an die entsprechenden Anhänge der Durchführungsrechtsakte zur REMIT anknüpft. Damit verbleibt in erster Linie die zeitliche Komponente, zu der im Vorblatt zu den Erläuterungen Folgendes festgehalten wird:

„Die Veröffentlichung und das Inkrafttreten der dazu notwendigen Durchführungsverordnung gemäß Art 8 Abs 2 und 6 REMIT sowie die Implementierung der Datensammlung durch ACER werden sich jedoch aus jetziger Sicht noch über die nächsten Monate bzw. Jahre hinziehen. Es wird daher in absehbarer Zeit keine von ACER gesammelten Daten geben, die zur Überwachung des nationalen Marktes genutzt werden könnten.“

Wir müssen feststellen, dass diese Behauptung gerade für Standardverträge iSd § 2 Z 7 EGHD-VO nicht den Tatsachen entspricht. Die Durchführungsverordnung zur REMIT ist inhaltlich abgestimmt und steht vor ihrer Publikation. Damit ist eine Veröffentlichung vor Jahreswechsel, wahrscheinlich sogar vor der EGHD-VO, zu erwarten! Unter der Durchführungsverordnung ist lediglich eine längere Frist bis zum endgültigen Inkrafttreten der Berichtspflichten vorgesehen. Damit ist den Wünschen der zukünftigen Meldepflichtigen Rechnung getragen worden, da die Einrichtung eines laufenden Reportings wesentliche Anforderungen an die internen Abläufe und IT stellt.

Vor diesem Hintergrund erscheint eine Frist von drei Monaten, wie in den Erl. zu § 5 EGHD-VO vorgesehen, als deutlich zu niedrig gegriffen. Schließlich beträgt sie nicht einmal ein Drittel der in den Durchführungsakten zur REMIT vorgesehenen Periode. Da in der EGHD-VO keine Registrierung der Meldepflichtigen vorgesehen ist, sollte es möglich sein, eine kürzere Frist für die Installierung aller internen Vorkehrungen für ein laufendes Reporting einzuräumen. Dennoch sollte diese Übergangsfrist mit sechs Monaten doppelt so lange wie derzeit angesetzt währen.

Unter Anwendung einer verlässlichen Frist für das Inkrafttreten der Berichtspflichten würde mit Blick auf die Regulierung auf EU-Ebene aber eine zeitliche Lücke von bloß wenigen Wochen entstehen. Dies steht, wie bereits gesagt, in Widerspruch zu der Feststellung im Vorblatt zu den Erl und kann unseres Erachtens nicht als Rechtfertigung für ein separates nationales Reportingregime dienen. Dies gilt selbstverständlich nur für solche Daten, die von den noch „festzulegenden Meldepflichten“ unter REMIT (§ 25a Abs 2 E-ControlG) umfasst sein werden. Da den quasi nicht

vorhandenen Vorteilen eine nicht unwesentliche wirtschaftliche Belastung gegenüberstehen würde, die überdies womöglich nicht in Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen steht, empfehlen wir für solche Informationen, die einer doppelten Meldeverpflichtung zu unterliegen drohen, eine nochmalige Evaluierung und gegebenenfalls eine Ausnahme von der EGHD-VO.

KONTAKT

Arnold Weiß
Head of Austrian Office
EPEX SPOT SE
Mayerhofgasse 1/19
1040 Wien
a.weiss@epexspot.com